

## Protokoll

über die öffentliche Sitzung

### des Bürgerforums Innenstadt (29)

am Donnerstag, 24. Mai 2018  
Ort: Rathaus, Ratssitzungssaal

Dauer: 19.30 Uhr bis 21.50 Uhr

---

#### Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Herr Beigeordneter Dr. E. h. Brickwedde

von der Verwaltung: Herr Stadtrat Fillep, Vorstand Finanzen, Liegenschaften, Beteiligungen  
Herr Dr. Beckord, Referat Strategische Steuerung und Rat / Leiter Strategische Stadtentwicklung/Statistik  
Frau Knüsting, Fachbereich Städtebau / Leiterin Fachdienst Bauleitplanung  
Herr Schürings, Leiter Fachbereich Städtebau

von der Stadtwerke  
Osnabrück AG: Herr Hüls, Vorstand

Protokollführung: Frau Hoffmann, Referat Strategische Steuerung und Rat

## Tagesordnung

### TOP Betreff

---

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
  - a) Aufstockung von Gebäuden zur Schaffung von neuem Wohnraum (z. B. Neumarkt / Eckhaus Große Straße)
  - b) Ersatz für den Wegfall der Buslinienverbindung von der Stadt zum Flughafen Münster/Osnabrück (Linie X150)
  - c) Stadtmodell im Kulturhistorischen Museum
  - d) Aufstellen von öffentlichen Bücherschränken
  - e) Maßnahmen gegen „wildes Plakatieren“ (z. B. Johannisstraße: Durchgang zum Parkhaus Kollegienwall)
  - f) Anfragen zum Parkhaus Neustadt-Carré an der Kommenderiestraße und zum Bewohnerparken
  - g) Kommunikation an die Bürger und Einbindung der Innenstadtbewohner in die Planungen für die Innenstadt
  - h) Umweltsensitives Verkehrsleitsystem (Maßnahme des Luftreinhalteplans)
  - i) Baustelle Eisenbahnbrücke „An der Petersburg“
  - j) Baustelle Johannisstraße, Busumleitung
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
  - a) Sachstandsbericht Neumarkt
- 4 Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)
  - a) Struktur der Sitzungen der Bürgerforen
  - b) Zugang zum Theater während Großveranstaltungen, z. B. Maiwoche
  - c) Maiwoche 2018 auf dem Marktplatz

Herr Dr. E. h. Brickwedde begrüßt ca. 15 Bürgerinnen und Bürger sowie die weiteren anwesenden Ratsmitglieder - Herrn Bertels, Frau Schiller, Herr Schlatermund - und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

## 1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Dr. E. h. Brickwedde verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 29.11.2017 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

## 2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

### 2 a) Aufstockung von Gebäuden zur Schaffung von neuem Wohnraum (z. B. Neumarkt / Eckhaus Große Straße)

Herr Schäfer fragt, ob Gebäude am Neumarkt bzw. bestehende Gebäude generell aufgestockt werden können, um neue Wohnungen zu schaffen.

Herr Schürings trägt die *Stellungnahme der Verwaltung* vor: Im Interesse einer starken und lebendigen Innenstadt ist es notwendig, eine Nutzungsmischung von Handel, Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Kultur zu fördern. Diesem Ziel fühlt sich die Stadt verpflichtet. Grundsätzlich begrüßt die Stadt somit die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum in der Innenstadt - auch durch die Aufstockung von Bestandsgebäuden.

Durch die umfangreichen Maßnahmen zur Umgestaltung des Neumarkts erhofft die Stadt sich auch Folgeinvestitionen weiterer Grundstückseigentümer im Umfeld des Neumarkts. Von einzelnen Eigentümern sind bereits Bauabsichten bekannt, u. a. mit dem Ziel der Schaffung zusätzlichen Wohnraums.

Verbindliche Aussagen zu einer baurechtlichen Zulässigkeit können allerdings erst getroffen werden, wenn der Verwaltung konkrete Bauunterlagen zur baurechtlichen Prüfung vorgelegt werden. Sollten planungsrechtliche Hindernisse der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum in der Innenstadt im Wege stehen, wäre vom Rat der Stadt zu entscheiden, ob und inwieweit die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen durch verbindliche Bauleitplanungen (Änderung oder Aufstellung von Bebauungsplänen) angepasst werden sollen.

Herr Schürings erläutert, dass zusätzlicher Wohnraum in der Innenstadt auch dazu beitrage, das Gebiet in den Abendstunden zu beleben. Mit dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 525 - Neumarkt - werde grundsätzlich die Aufstockung von Gebäuden ermöglicht.

Herr Dr. E. h. Brickwedde berichtet, dass der Rat der Stadt Osnabrück in seiner Sitzung am 08.05.2018 mit dem Beschluss zur Wohnbauoffensive 2020 (Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum für Osnabrück) die Verwaltung u. a. beauftragt habe, die Bebauungspläne hinsichtlich einer möglichen Aufstockung von Gebäuden zu überprüfen.

Zur Frage eines Bürgers hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs erläutert Herr Schürings, dass bei der Aufstellung eines neuen Bebauungsplans von einem längerer Zeitraum ausgegangen werden müsse, da sowohl der Fachausschuss wie auch die Öffentlichkeit mehrmals in dem Verfahren beteiligt würden. Für den Neumarkt gebe es einen gültigen Bebauungsplan, so dass ein Interessent einen Bauantrag stellen könne. Dabei sei es sicherlich zweckmäßig, erst die Bauvorhaben Baulos 2 (Neubau vor H&M) sowie Neumarkt 3 (Neubau am Standort ehem. Sportarena) abzuwarten.

Herr Dr. E. h. Brickwedde erläutert, dass es in Osnabrück einen großen Bedarf an Wohnraum unterschiedlicher Größe und für verschiedene Nutzergruppen gebe. Ein neues Wohnviertel entstehe zurzeit auf dem Gelände des Landwehrviertels. Eine Umsetzung von Planungen sei nicht immer einfach, da es oft Widerstände aus der Nachbarschaft gebe. Bei einigen für die Bebauung geeigneten Flächen müsse eine Abwägung getroffen werden, z. B. wenn es sich um Frischluftschneisen handele.

## **2 b) Ersatz für den Wegfall der Buslinienverbindung von der Stadt zum Flughafen Münster/Osnabrück (Linie X150)**

Herr Schäfer fragt, ob es für die Buslinie X150 Osnabrück - Flughafen Münster/Osnabrück (FMO), die zum 30.08.2018 eingestellt wird, einen Ersatz gibt.

Herr Hüls erläutert, dass die damalige Einführung der Buslinie X150 zwischen dem Flughafen Münster Osnabrück (FMO) sowie den Stadtwerken Osnabrück vereinbart wurde. Der Betrieb müsse von den Stadtwerken jährlich mit einem 6stelligen Eurobetrag bezuschusst werden. Der Grund für die Einstellung der Linie X150 sei im Wesentlichen die geringe Nachfrage mit durchschnittlich einem Fahrgast pro Fahrt (siehe auch Pressemitteilung in der NOZ vom 28.03.2018).

Zur Frage, ob ein Ersatz für die eingestellte Buslinie X150 angeboten wird, nehmen *die Stadtwerke Osnabrück wie folgt Stellung*: Mit den betroffenen Partnern (FMO, Kreis Steinfurt, Regionalverkehr Münsterland) wurden intensive Gespräche bezüglich einer möglichen Umsetzbarkeit einer Ersatzlösung geführt. Im Ergebnis musste jedoch leider festgehalten werden, dass sämtliche Ersatzlösungen zu keiner ausreichenden Verbesserung der wirtschaftlichen Situation führen würden. Vor diesem Hintergrund wurde nicht nur entschieden, die Linie X150 zum 30.08.2018 einzustellen, sondern auch keine Ersatzlösung anzubieten.

Herr Dr. E. h. Brickwedde berichtet, dass das Thema bei den Stadtwerken diskutiert wurde. Die Stadt Osnabrück sei mit einem geringen Anteil an der Flughafen GmbH beteiligt und hätte es begrüßt, wenn die Buslinie weiter Bestand haben würde. Bei einer so geringen Nutzung sei es leider nicht möglich.

Ein Bürger berichtet, dass er eine Zeitlang regelmäßig mehrmals in der Woche den Zubringerbus zum Flughafen genutzt habe. Probleme habe es bei der Rückfahrt nach Osnabrück gegeben. Die Ankunftszeiten der Flugzeuge würden sich oftmals ändern, der Bus fahre aber nach einem vorgegebenen Fahrplan und passe sich nicht an die Änderungen der Ankunftszeiten an. Somit sei die Verbindung für Geschäftsreisende nicht attraktiv.

Herr Hüls erläutert, dass ein Linienbus an bestimmte Taktzeiten gebunden sei. Man habe sich die Entscheidung zur Einstellung der Buslinie nicht leicht gemacht, zumal es einen Zuwachs an den Passagierzahlen am Flughafen gebe. Die Parkraumsituation am Flughafen sei sehr günstig und es gebe nur wenige Berufspendler, die diesen Bus nutzen würden. Eine Refinanzierung sei - wie oben angeführt - nicht möglich. Er führt aus, dass die Mobilität der Zukunft ein ständiges Thema der Stadtwerke sei und Anregungen jederzeit vorgetragen werden könnten.

Der Antragsteller bedauert es, dass der Linienbus eingestellt werde. Vor Einführung dieser Linie gab das ein Angebot FAST - Flughafen-Anruf-Sammel-Taxi mit Fahrten ab dem Osnabrücker Hauptbahnhof.

Ein weiterer Bürger regt an, Kooperationen zwischen Bus und Taxi verstärkt mit einzubeziehen.

## **2 c) Stadtmodell im Kulturhistorischen Museum**

Herr Meinert berichtet, dass das Stadtmodell im Kulturhistorischen Museum hinsichtlich Zustand und Standort nicht akzeptabel ist und fragt, was mit dem Modell geschieht bzw. wo es wieder aufgestellt wird.

Herr Fillep trägt die *Stellungnahme des Fachbereiches Kultur, Fachdienst Museumsquartier*, mit: Es wird bedauert, dass das Modell in einem aus Sicht des Antragstellers nicht akzeptablen Zustand vorgefunden wurde. Das Stadtmodell wurde zuletzt im Rahmen der Ausstellung „Zwischen Krieg und Frieden - Osnabrück im Zeitalter der Konfessionalisierung“ (bis 29. April 2018) im Kulturgeschichtlichen Museum ausgestellt.

Es diene dort insbesondere der Veranschaulichung der konfessionellen Verhältnisse während des Dreißigjährigen Krieges. Über die umfangreiche kostenlose Begleitbroschüre zur Ausstellung wurde das Modell kontextualisiert.

Die möglichst flache Platzierung ermöglichte dem Publikum (insbesondere Kindern als einer der Hauptzielgruppen der Ausstellung) - auch im Rahmen der unterschiedlichen Vermittlungsangebote - stets einen optimalen Überblick. Die Sicherheit des Modells war durch das Aufsichtspersonal gewährleistet.

Nach Ende der Ausstellung „Zwischen Krieg und Frieden - Osnabrück im Zeitalter der Konfessionalisierung“ wurde das Modell abgebaut zu Gunsten der kommenden Ausstellung „Sammlung im Dialog“ (ab 27. Mai 2018). Zukünftige Verwendungsmöglichkeiten des Modells werden geprüft.

Für die derzeit in Planung befindliche neue stadtgeschichtliche Dauerausstellung soll ein neues Modell entwickelt werden, welches z. B. auch mithilfe digitaler Medien Interaktionen mit den Besucherinnen und Besuchern ermöglicht.

Der Antragsteller berichtet, dass er an der Entwicklung des Stadtmodells beteiligt war und am Rand des Modells Erläuterungen zu den Markierungen fehlen würden. Eine Broschüre als Ergänzung sei hierfür nicht ausreichend.

## **2 d) Aufstellen von öffentlichen Bücherschränken**

Frau Geuting regt an, öffentliche Bücherschränke am Rosenplatz und am Neustädter Rathaus aufzustellen.

Herr Dr. Beckord berichtet, dass die Verwaltung bereits im Jahr 2014 durch den Rat der Stadt Osnabrück einen Prüfauftrag zu öffentlichen Bücherregalen erhalten hatte. Damals wurden verschiedene Modelle geprüft. An mehreren Standorten im Stadtgebiet sind bereits durch private Initiativen offene Bücherregale aufgestellt worden. Eine Übersicht hierzu wurde in der Sitzung des Kulturausschusses am 15.10.2014 vorgestellt. Wie damals im Ausschuss mitgeteilt, sieht die Stadt Osnabrück aufgrund der entstehenden Kosten sowie der vielfältigen Möglichkeiten durch verschiedene private Initiativen davon ab, weitere öffentliche Bücherregale aufzustellen. Die Mitglieder des Kulturausschusses hatten diesem Vorgehen zugestimmt und ausdrücklich die privaten Initiativen für die öffentlichen Bücherregale gelobt.

Herr Dr. E. h. Brickwedde bekräftigt, dass private Initiativen gerne aktiv werden können.

Herr Bertels schlägt vor, den Caritasverband anzusprechen.

Herr Schlatermund spricht einen Bücherschrank an, der im Stadtteil Wüste in einer ehemaligen Telefonzelle installiert wurde. Wenn es private Initiativen gebe, würden diese den Bücherschrank im Blick behalten. Er teilt mit, dass er das Thema nochmals im Kulturausschuss ansprechen werde.

Ein Bürger berichtet von einem weiteren Bücherschrank in einer ehemaligen Telefonzelle am Arndtplatz, der sehr gut genutzt werde.

## **2 e) Maßnahmen gegen „wildes Plakatieren“ (z. B. Johannisstraße: Durchgang zum Parkhaus Kollegienwall)**

Frau Geuting bittet um Information, inwieweit die Stadt Osnabrück gegen wildes Plakatieren vorgehen kann.

Herr Fillep trägt die *Stellungnahme der Verwaltung* vor: „Wildes Plakatieren“ ist auf sämtlichen öffentlichen Flächen in der Stadt Osnabrück nicht erwünscht. Die Stadt hat dazu einen Werberechtsvertrag mit einem Werbepartner abgeschlossen, in dem die Werberechte im öffentlichen Verkehrsraum ausschließlich von dieser Firma vermarktet werden dürfen. Der Werbepartner geht auch gegen „wildes Plakatieren“ auf öffentlichen Flächen vor.

Anders sieht es allerdings auf Privatgrundstücken aus. Hier ist der Eigentümer letztlich dafür verantwortlich, ob er Werbung zulässt oder nicht. Lediglich bei größeren Werbeanlagen bedarf es dafür in diesen Fällen einer Baugenehmigung.

Der Durchgang neben dem Kaufhaus Sinn Leffers ist ein Privatgrundstück.

Herr Bertels berichtet, dass er sich zu diesem Standort erkundigt habe, aber die Verwaltung nicht selber tätig werden könne.

Ein Bürger sieht die Situation an dieser Stelle als unzumutbar an und bittet die Verwaltung, den Eigentümer auf den hässlichen Zustand der zugeklebten Wand am Durchgang hinzuweisen.

## **2 f) Anfragen zum Parkhaus Neustadt-Carré an der Kommenderiestraße und zum Bewohnerparken**

Frau Geuting stellt mehrere Anfragen zum Parkhaus sowie zum Bewohnerparken.

Herr Schürings trägt die *Stellungnahme der Verwaltung* vor: Im Rahmen des seinerzeitigen Sanierungsgebiets „Quartier Rosenplatz“ wurde die bis dahin ebenerdige Parkplatzfläche an der Kommenderiestraße entwickelt und mit einer Wohnbebauung neugestaltet. In diesem Zusammenhang hat die Stadt Osnabrück mit dem Vorhabenträger vertraglich vereinbart, in der vorgesehenen Tiefgarage 40 zusätzliche öffentlich zugängliche Pkw-Stellplätze herzustellen, um nicht nur dem Neubauvorhaben, sondern auch dem Parkdruck im Quartier zu entsprechen. Die unrentierlichen Kosten dieser öffentlichen Stellplätze wurden mit Städtebauförderungsmitteln finanziert.

Die neu gebaute Tiefgarage an der Kommenderiestraße hat insgesamt eine Kapazität von 119 Stellplätzen. Hierin eingeschlossen ist auch ein Großteil der Stellplätze, der durch den Neubau der Wohnungen im Neustadt-Carré abzubilden ist (79 Stellplätze + sieben oberirdische).

Herr Schürings erläutert, dass der Bau einer Tiefgarage sehr kostenaufwändig sei. Mit den Städtebauförderungsmitteln wurde das Angebot an öffentlichen Pkw-Stellplätzen vertraglich gesichert und 20 der Stellplätze würden als Dauerparkplätze den Bewohnern des Quartiers zur Verfügung gestellt, sofern Nachfrage bestehe.

Die Fläche für das Bewohnerparken habe sich durch das Bauvorhaben reduziert. Die genaue Anzahl an Parkplätzen im öffentlichen Straßenraum im Bewohnerparkgebiet F wird von der Verwaltung nicht erhoben. Aus früheren Parkraumerhebungen ist eine Parkplatzmenge von ca. 230 Parkplätzen ermittelt worden. Diese Anzahl hat sich in der Zwischenzeit durch die Verbreiterung des Radfahrstreifens am Johannistorwall, den Bau des Neustadt-Carrés

und den Straßenbau in der Kommenderiestraße jedoch noch verändert, ohne dass die Anzahl an Parkplätzen genau erfasst und laufend aktualisiert wurde.

Der Name des Eigentümers kann aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht genannt werden.

Herr Schürings berichtet, dass für die Ausstellung eines Bewohnerparkausweises eine Gebühr von 30,70 Euro zu zahlen sei. Einen Anspruch auf einen freien oder einen bestimmten Platz gebe es damit nicht. Ein Dauerparkplatz im Parkhaus kostet 79 Euro (948 Euro für ein Jahr).

Herr Dr. E. h. Brickwedde führt aus, dass man sich bei dieser Fläche nach entsprechender Abwägung für eine Schaffung von Wohnraum entschieden habe, der dringend benötigt werde. Die Gebäude seien eine Bereicherung für das Quartier und mit der Bebauung solle auch das Umfeld an der Johannisstraße positiv verändert werden.

Aufgrund des großen Bedarfs an Wohnraum könne sich eine Stadt wie Osnabrück mit einer begrenzten Stadtfläche große oberirdische Parkflächen in der Innenstadt nicht mehr leisten. Im Rahmen der Stadtentwicklung müsse auch über neue Konzepte nachgedacht werden, z. B. Neubauten mit Tiefgaragen oder mit einer Parkfläche im Erdgeschoss und Wohnungen in den darüber liegenden Etagen.

Ein Bürger führt aus, dass seitens der Stadtplanung sowohl die vertikale Verdichtung, die Reduzierung von Parkflächen und die Entsiegelung von Flächen gewollt seien. Alles gleichzeitig sei nicht möglich. Gebäudeeigentümer im innerstädtischen Bereich könnten Wohnungen ohne dazugehörigen Stellplatz kaum vermieten und würden hierfür ihre Gartenflächen versiegeln.

Ein weiterer Bürger ergänzt, dass in den Wohnvierteln mit älterer Bausubstanz weder Stellplätze noch freie Flächen für die Ausweisung von Parkraum vorhanden seien, so dass die Mieter nur an der Straße parken könnten.

Herr Schürings erläutert, dass es keine generelle Lösung gebe und die einzelnen Standorte gesondert betrachtet werden müssten. In der Innenstadt mit einem dichten ÖPNV-Netz benötigte nicht jeder Bewohner ein Kfz. Darauf gehe auch die Osnabrücker Stellplatzsatzung ein, die für den innerstädtischen Bereich nur 75 % der in der Regel erforderlichen Anzahl an Stellplätzen fordere. Angestrebt werde ein geändertes Mobilitätsverhalten. Die sei aber eine Frage der Verhaltensänderung und benötige Zeit. Bei Gebieten mit einem Wohngebäudebestand aus den Anfangsjahren des 20. Jahrhunderts seien für das Parken nur die Parkhäuser bzw. das Parken an der Straße möglich oder alternativ die Nutzung des ÖPNV. Konflikte ließen sich in der Stadtentwicklung aber nie vermeiden.

Ein Bürger führt aus, dass die Gesellschaft mobil sein wolle und dies auch in Zukunft so sein werde. Es sei zu begrüßen, wenn vorhandene Flächen nicht für die Schaffung von weiterem Parkraum in Anspruch genommen würden, aber viele Vermieter hätten ein Problem, ihre Wohnungen ohne Stellplätze für Kfz zu vermarkten.

Herr Schürings verweist auf die zwei Bürgerwerkstätten zum Masterplan Innenstadt, in denen eine Reduzierung des Pkw-Aufkommens gewünscht wurde, um die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu verbessern. Es gebe bereits jetzt Alternativen, neben dem ÖPNV auch die Nutzung des Fahrrades oder das Carsharing. Ziel sei es die Attraktivität und die Lebensqualität zu steigern und dabei den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren.

Eine Bürgerin, die an den Bürgerwerkstätten teilgenommen hat, bestätigt die Wünsche nach einer Reduzierung des Individualverkehrs. Osnabrück habe mit den umliegenden Gemeinden ein großes Einzugsgebiet. Jahrzehntlang habe die Politik das Auto als Schwerpunkt

der Verkehrsplanung gesehen. Für Bewohner des Landkreises sei es selbstverständlich, mit ihrem Auto in die Osnabrücker Innenstadt zu fahren. Für die Innenstadtbewohner sei dies eine Belastung. Es solle versucht werden, auch im Rahmen von Marketingmaßnahmen, dieses Verhalten zu ändern und Alternativen anzubieten. An Wochenenden würden Innenstadtbewohner, die auf einen Pkw angewiesen seien, kaum einen Parkplatz finden. Sie regt an, dass diese Bewohner mit Parkausweisen an Wochenenden auch die Bewohnerparkgebiete westlich der Innenstadt nutzen können.

Herr Dr. Beckord führt aus, dass der Anteil der Pkw pro Einwohner bzw. pro Haushalt im Stadtgebiet wesentlich geringer sei als im Landkreis. Weiterhin sei der Anteil in der Innenstadt mit 0,4 bis 0,7 Kfz pro Haushalt wesentlich geringer als in den Außengebieten, z. B. in Sutthausen oder Hellern mit ca. 2 Kfz pro Haushalt. Hier spiele die Erreichbarkeit der Infrastruktur eine Rolle. Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Parkplätze könne nicht ohne weiteres mit der Höhe der Miete in Bezug gesetzt werden. So gebe es z. B. im Katharinenviertel höhere Mieten und sehr geringe Leerstände, obwohl dort wenige Parkmöglichkeiten vorhanden seien.

Herr Fillep weist darauf hin, dass in Osnabrück die überwiegende Anzahl der Parkhäuser in der Innenstadt bzw. am Rande der Innenstadt / des Wallrings angesiedelt seien.

Eine Bürgerin berichtet, dass Besucher mit dem Pkw in der Innenstadt oft erst nach einem kostenlosen Parkplatz suchen würden, z. B. am Dom. Manche Besucher würden nach einer Veranstaltung über Nacht ihr Auto stehen lassen, auf andere Weise nach Hause fahren und damit den Stellplatz blockieren.

Ein weiterer Bürger berichtet, dass man nach abendlichen Veranstaltungen für die Heimfahrt auf den Pkw angewiesen sei. Er fragt, was Stadt und Landkreis Osnabrück dafür tun würden, um den ÖPNV attraktiver zu gestalten, z. B. in den Abendstunden oder für Pendler aus dem Umland. Auch ein steuermittelfinanzierter ÖPNV müsse weiter in der Diskussion bleiben.

Herr Hüls bestätigt, dass die mobile Zukunft ein Thema sei, mit dem sich auch die Stadtwerke intensiv beschäftigten. Dabei gebe es eine Fülle von Themen und es werde in den nächsten fünf bis zehn Jahren viele Veränderungen geben. Als Beispiel nennt er Park-and-Ride, die steigenden Nutzerzahlen beim Carsharing, Testphasen mit Lastenfahrrädern zum Mieten. Ziel sei es, mit den Angeboten möglichst viele Einwohner anzusprechen und die Aufenthalts-, Lebens- und Wohnqualität in der Stadt zu verbessern.

## **2 g) Kommunikation an die Bürger und Einbindung der Innenstadtbewohner in die Planungen für die Innenstadt**

Herr Meinert stellt mehrere Fragen und schlägt eine gesonderte Veranstaltung für Innenstadtbewohner zu den weiteren Planungen vor.

Herr Schürings trägt die *Stellungnahme der Verwaltung* vor: Am 13.04.2018 fand die 2. Bürgerwerkstatt zum städtebaulichen Masterplan Innenstadt im Theater Osnabrück statt. An fünf Arbeitstischen wurden verschiedene Themen zur städtebaulichen Gestaltung der Innenstadt mit ca. 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern engagiert diskutiert. Diese konnten wiederum an mindestens zwei Themen mitarbeiten und ihre Belange einbringen. Die Ergebnisse wurden zum Teil von den Teilnehmenden selbst anschließend im Plenum vorgestellt. Die Ergebnisse wurden in einer Dokumentation zusammengefasst und können neben der Präsentation des aktuellen Planungsstandes unter <https://www.osnabrueck.de/masterplan-innenstadt.html> heruntergeladen werden. Auch hierüber wurden alle Teilnehmer der Veranstaltung per E-Mail informiert. Insgesamt war die Resonanz zur Veranstaltung sehr positiv.

Nach wie vor haben alle Beteiligten die Möglichkeit, sich mit ihren Anliegen zur städtebaulichen Gestaltung der Innenstadt auch direkt an die Verwaltung zu wenden.



Im Rahmen der städtebaulichen Masterplanung für die Osnabrücker Innenstadt wird es noch eine Abschlussveranstaltung geben, bevor der Masterplan dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Im Zusammenhang mit dem städtebaulichen Masterplan Innenstadt wurden - analog zu den beiden Bürgerwerkstätten - zwei Arbeitsgespräche mit weiteren Innenstadtakteuren (sog. „Stakeholdern“) geführt. Damit sollten die organisierten Interessengruppen wie Verbände und andere Institutionen an der Planung beteiligt werden. Die Beteiligung der Bürgerschaft erfolgte gleichberechtigt in den Bürgerwerkstätten.

Bei spezifischen verkehrstechnischen Veränderungen in der Innenstadt - wie vom Antragsteller angesprochen - wurden in der Vergangenheit in der Regel themenbezogene Veranstaltungen für die Öffentlichkeit durchgeführt. Auch für die Zukunft ist dieses geplant.

Die Einrichtung eines ständigen Runden Tisches Innenstadt oder eines außerplanmäßigen Bürgerforums Innenstadt ist zurzeit nicht beabsichtigt.

Die Innenstadtbewohner waren herzlich zu der öffentlichen Veranstaltung eingeladen und konnten sich einbringen. Eine zusätzliche Veranstaltung ausschließlich für Innenstadtbewohner hätte aus Sicht der Stadt keine entscheidenden Vorteile gebracht.

Der Antragsteller führt aus, dass seitens der Politik und der Verwaltung die speziellen Interessen der Innenstadtbewohner nicht gesehen und nicht ausreichend berücksichtigt würden. Daher setze er sich für eine gesonderte Veranstaltung nur für die Innenstadtbewohner ein. An den Bürgerwerkstätten hätten auch auswärtige Personen teilgenommen. Sie hätten zum Thema Parken in der Innenstadt andere Wünsche als die Innenstadtbewohner. In den Zusammenfassungen der Ergebnisse der Diskussionen seien die speziellen Anliegen der Innenstadtbewohner nicht erkennbar.

Herr Schürings erläutert, dass auch alle Innenstadtbewohner eingeladen waren, sich an den Bürgerwerkstätten zu beteiligen. Es wurden zwei jeweils mehrstündige Veranstaltungen angeboten. Er weist nochmals darauf hin, dass Anregungen auch direkt an die Verwaltung gegeben oder im Bürgerforum vorgetragen werden können. Eine Veranstaltung, an der nur Innenstadtbewohner teilnehmen dürften, sei nur mit großem Aufwand zu organisieren.

Der Antragsteller weist darauf hin, dass für die Bewohner des Stadtteils Westerbergs ein Runder Tisch eingerichtet wurde. Für die Innenstadt gebe es keine solche Veranstaltung.

Ein weiterer Bürger, der ebenfalls an beiden Bürgerwerkstätten teilgenommen hat, regt an, eine gesonderte Veranstaltung für Innenstadtbewohner auf Basis der bisherigen Ergebnisse durchzuführen. Die Bürgerwerkstätten hätten jeweils am frühen Nachmittag begonnen, nicht jeder Interessierte könne zu dieser Zeit an einer Veranstaltung teilnehmen. Manche Themen, wie z. B. die Patenschaft für Grünflächen, könnten nur die Innenstadtbewohner organisieren.

Herr Dr. E. h. Brickwedde sagt zu, die Anregung mitzunehmen und weist ebenfalls darauf hin, dass auch im Bürgerforum Vorschläge gemacht werden können.

Eine Bürgerin spricht die geringe Besucherzahl des Bürgerforums Innenstadt an. Sie habe andere Personen angesprochen und zur Antwort bekommen, dass eine Teilnahme keinen Sinn mache und man doch nicht angehört werde. Manche Innenstadtbewohner seien aufgrund jahrelangen Stillstands regelrecht frustriert.

Herr Dr. E. h. Brickwedde führt als positives Beispiel die Sanierung der Hasestraße an. Politik und Verwaltung hätten zusammen mit der IG Hasestraße über Verbesserungsvorschläge diskutiert. Man habe Fördergelder eingeworben und die Situation in der Straße habe sich

deutlich verbessert. Eine ähnliche Vorgehensweise gab es vor einigen Jahren zusammen mit der IG Lotter Straße.

Der Antragsteller spricht eine aktuelle Diskussion zwischen der IBRAS (Anwohnerinitiative Bramscher Straße/Süntelstraße) und der Verwaltung an. Er plädiert dafür, die Interessen und die Wünsche der Innenstadtbewohner ausreichend zu berücksichtigen.

Herr Dr. E. h. Brickwedde erläutert, dass es bei Planungen oft gegensätzliche Interessen gebe und nicht alle Wünsche berücksichtigt werden könnten. Zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV solle der Busverkehr beschleunigt werden. Von Anliegern der Bramscher Straße gebe es Widerstände im Zusammenhang mit der Änderung der Buslinienführung. Im Hinblick auf die zukünftige Stadtentwicklung müsse man jeweils abwägen, welche Entscheidung getroffen werden solle.

## **2 h) Umweltsensitives Verkehrsleitsystem (Maßnahme des Luftreinhalteplans)**

Herr Meinert fragt nach den Auswirkungen eines umweltsensitiven Verkehrsleitsystems für die Bewohner der Innenstadt.

Herr Fillep trägt die *Stellungnahme der Verwaltung* vor: Bei der verkehrssensitiven Steuerung der Lichtsignalanlagen geht es um eine Steuerung des auf den Haupttrouten in die Stadt fließenden Verkehrs in den Spitzenstunden, unter Berücksichtigung der verkehrlichen und lufthygienischen Rahmenbedingungen. Eine temporäre Sperrung von Straßenzügen ist dabei nicht vorgesehen. Die Erreichbarkeit der Grundstücke in der Innenstadt ist nicht beschränkt. Sonderregelungen für Einwohner der Stadt Osnabrück sind somit nicht erforderlich.

Herr Schürings erläutert, dass in der Ratssitzung am 06.03.2018<sup>1</sup> mit dem Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung für den fortgeschriebenen Luftreinhalteplan<sup>2</sup> weitere Maßnahmen zur Einhaltung der NO<sub>2</sub>-Grenzwerte dargestellt wurden, u. a. die umweltsensitive Verkehrslenkung. Dies würde in der Praxis bedeuten, dass bei drohenden Grenzwertüberschreitungen für einen bestimmten Zeitraum Maßnahmen ergriffen würden, um den Verkehrsfluss zu verbessern, z. B. mit flexiblen Ampelschaltungen und elektronisch regelbaren Verkehrsschildern.

Der Antragsteller stellt die Frage, ob er als Innenstadtbewohner mit seinem Pkw dann ggf. auch in einem Stau stehen würde. Er beanstandet, dass bei solchen Planungen die Belange der Innenstadtbewohner nicht ausreichend berücksichtigt würden.

Herr Dr. E. h. Brickwedde bezieht sich auf den Ratsbeschluss und erläutert, dass diese Maßnahme eine von insgesamt neun Szenarien sei, die die Verwaltung untersucht habe. Die Kommunen seien verantwortlich für die Einhaltung der NO<sub>2</sub>-Grenzwerte, die in einigen Osnabrücker Straßen überschritten würden. Er weist darauf hin, dass die Automobilindustrie in der Pflicht sei, eine Lösung für die Probleme zu liefern. Seitens der Stadtwerke Osnabrück werde ein umfangreiches Programm zur Nachrüstung der Dieselsebusse durchgeführt und in Kürze die erste Buslinie auf Elektrobuse umgestellt.

Eine Bürgerin spricht den Einsatz älterer Busse an, die im Auftrag der Stadtwerke fahren.

Herr Hüls berichtet, dass die Stadtwerke hierfür ein Vergabeverfahren durchführen und bei einer Neuausschreibung entsprechende Auflagen mit aufgenommen werden könnten. Allerdings gebe es nur wenige Busunternehmen, die sich für diese Fahrten bewerben. Die Stadt-

<sup>1</sup> siehe TOP Ö 5.9 der Ratssitzung; die Sitzungsunterlagen sind einsehbar im Ratsinformationssystem der Stadt Osnabrück unter [www.osnabrueck.de/ris](http://www.osnabrueck.de/ris)

<sup>2</sup> Der Entwurf des „Luftreinhalte- und Aktionsplans 2008 der Stadt Osnabrück – 2. Aktualisierung 2017“ wurde vom 07.03. bis 07.04.2018 öffentlich zur Einsicht ausgelegt. Bürger und Verbände konnten bis zum 21.04.2018 Stellungnahmen zum Entwurf abgeben.

werke Osnabrück seien sich ihrer Verantwortung bewusst und investierten in die Modernisierung ihrer Busflotte.

Herr Dr. E. h. Brickwedde erläutert, dass der Einsatz von Elektrobussen in den Städten noch nicht selbstverständlich sei. In Deutschland gebe es noch keinen Elektrobus-Hersteller, so dass die Fahrzeuge für die Stadtwerke im Ausland beschafft werden müssen. Diese Fahrzeuge seien doppelt so teuer wie herkömmliche Busse, da ein Wettbewerb noch fehle. Osnabrück sei Vorreiter bei dem Einsatz von Elektrobussen.

## **2 i) Baustelle Eisenbahnbrücke „An der Petersburg“**

---

Herr Meinert bittet um Informationen zur:

1. Terminplanung für die Baustelle bis zur Wiederöffnung der Straße An der Petersburg,
2. Straßenverbreiterung an der Kreuzung Petersburger Wall, Konrad Adenauer Ring, Pottgraben und An der Petersburg im Rahmen der Erneuerung der Eisenbahnbrücke,
3. Straßensperrung an der Feuerwache Neustadt für ein Volksfest sowie Maßnahmen gegen Falschparker.

Herr Fillep trägt die *Stellungnahmen der Verwaltung* vor:

### **Zu 1.:**

Eine genaue Terminplanung und einen Bauablaufplan hat die Bahn noch nicht vorgelegt.

Beantragt und genehmigt sind:

- Vollsperrung der Schepelerstraße zwischen Holtstraße und An der Petersburg bis Bauzeitende 2019 - in dem Zuge auch Umkehr der Einbahnstraße Holtstraße für den Zeitraum,
- Einbahnstraßenführung auf der Dammstraße,
- Vollsperrung für Individualverkehr An der Petersburg noch bis 01.06.2018, zusätzlich Fußgänger und Radfahrer vom 24.05. - 28.05.2018,
- danach voraussichtlich Einbahnstraßenführung stadteinwärts bis zur Wiederherstellung des südlichen Gehweges, längstens bis Ende Juni / Beginn der Sommerferien.

Die Einschränkungen der Nebenstraßen wurden von der ausführenden Baufirma vorgeschlagen, um eine lange Vollsperrung der Straße An der Petersburg zu vermeiden. Sie wurden als das „geringere Übel“ von der Verkehrsbehörde akzeptiert. Weitere Entschärfungen für die Holtstraße sind nicht vorgesehen. Es handelt sich um eine öffentliche Straße sowie eine Tempo-30-Zone. Die Beschilderung ist eindeutig. Eine andere Verkehrsführung (z. B. Aufhebung der Einbahnstraße in der Schepelerstraße) hätte den Wegfall nahezu aller Parkmöglichkeiten dort bedeutet und schied deshalb aus. Eine Umkehr der Einbahnstraße Schepelerstraße hätte bedeutet, dass alle Anlieger aus dem Bereich am Ende auf die Johannisstraße nur rechts heraus gedurft hätten, also überhaupt keine Fahrbeziehung nach Süden möglich gewesen wäre. Der Umkehr der Einbahnstraße in der Holtstraße war alternativlos, damit die Anlieger auch mit relativ kurzen Umwegen südliche Stadtteile noch erreichen können.

### **Zu 2.:**

Das Thema Brückenverbreiterung wurde bereits im Juli 2014 in verschiedenen Ratsausschüssen und im Rat selber behandelt. Angesichts der relativ geringen Verbreiterungsmöglichkeit aufgrund der angrenzenden Privatgrundstücke und der im Nahbereich liegenden zweiten DB-Brücke, für die bisher kein Neubau vorgesehen ist sowie einer dann erforderlichen hohen Kostenbeteiligung der Stadt an den Kosten des Brückenneubaus hat der Rat in seiner Sitzung am 29.07.2014 eine Verbreiterung der Verkehrsflächen abgelehnt.

### **Zu 3.:**

Das Gemeindefest des dort ansässigen islamischen Vereins findet in regelmäßigen Abständen, so auch in diesem Jahr statt. Die Leitstelle der Polizei/ Feuerwehr ist über die entsprechende Sperrung der Straße für den Einsatzfall in Kenntnis gesetzt. Unter Alarmfahrt wäre somit ein vertretbarer Umweg von ca. 300 m zu fahren.

Verkehrswidrig abgestellte Fahrzeuge werden u. a. durch den Verkehrsaußendienst verwahrt. Der Verkehrsaußendienst kann jedoch nicht an allen Stellen im Stadtgebiet gleichzeitig kontrollieren.

## **2 j) Baustelle Johannisstraße, Busumleitung**

Herr Meinert fragt, warum die Kommenderiestraße nicht vollständig in die Planungen für die Busumleitungen einbezogen wurde und die Straße nicht als direkte Verbindung zwischen Kamp und Rosenplatz genutzt wird.

Herr Hüls informiert anhand eines Übersichtsplans über die Bus-Umleitungen aufgrund der Baumaßnahmen in der Johannisstraße.\* Das am Mittwoch, den 23.05.2018, begonnene Umleitungskonzept wurde jedoch zwischenzeitlich betrieblich noch weiterentwickelt und optimiert. In dem neuen Umleitungskonzept werden nun direktere Fahrtbeziehungen für die Busse genutzt (z. B. Befahrung Kommenderiestraße durch die Linien 71/72), sodass größere Umweg-Fahrten nun vermieden werden können. Auch der Streckenabschnitt Johannisfreiheit wurde deutlich entlastet. Dieser Abschnitt wird nun nur noch durch die Linie 71/72 im Einrichtungsverkehr bedient. Das neue Konzept ist einsehbar unter [www.vos.info/sperrung\\_neumarkt](http://www.vos.info/sperrung_neumarkt).

Die Verwaltung teilt mit, dass bei einer Busführung durch die Kommenderiestraße die Haltestellen südliche Johannisstraße „abgehängt“ würden. Ferner ist diese Busführung insbesondere im Bereich Johannistorwall/Kommenderiestraße geometrisch und verkehrstechnisch nicht vertretbar. Hinzu kommt, dass über den Bereich der Kommenderiestraße zwischen Süsterstraße und Johannistorwall mehrere Tiefgaragen und Parkplätze angebunden sind, deren Erreichbarkeit gegeben sein muss.

Ein Bürger befürchtet Verspätungen der Buslinien insbesondere im Bereich Petersburger Wall.

Herr Hüls berichtet weiterhin, dass in der Großen Straße im Abschnitt zwischen Neumarkt und Deutsch-Passage die Gasleitungen saniert werden müssten. Da diese Arbeiten vor den geplanten Baumaßnahmen am Neumarkt durchgeführt werden müssen, werde die Sanierung kurzfristig ab Mitte Juni erfolgen. Die Arbeiten sollten bis ca. Oktober erledigt sein.

*\* Zeitplan:*

*23.05.2018: Beginn 1. Bauabschnitt: Sperrung zwischen Süsterstraße und Neumarkt, Erneuerung Leitungen, Kanäle, Hausanschlüsse*

*24.11.2018 bis 13.01.2019: Pause während des Weihnachtsgeschäftes*

*14.01.2019: Beginn 2. Bauabschnitt: weitere Maßnahmen inkl. Straßenbau bis ca. Ende 2019*

## **3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)**

### **3 a) Sachstandsbericht Neumarkt**

Herr Dr. Beckord informiert zum aktuellen Sachstand. Mit den Arbeiten in der Johannisstraße (siehe TOP 2j) beginnen die Arbeiten zur Neugestaltung des Neumarktumfeldes: Die Oberfläche der Straße werde im Anschluss an die Arbeiten in der Form hergestellt, wie sie auch für den Neumarkt vorgesehen sei.

Zu den Aktivitäten am Neumarkt gibt es Informationen auf der Internetseite [www.osnabrueck.de/neumarkt](http://www.osnabrueck.de/neumarkt). Dort werden die weiteren Planungen dargestellt; Kontaktaufnahme für Fragen und Anregungen unter der E-Mail [neumarkt@osnabrueck.de](mailto:neumarkt@osnabrueck.de) bzw. Telefon 0541 323-2148

Ein Bürger fragt nach einem Hinweisplakat am Neumarkt.

Herr Dr. Beckord teilt mit, dass dieses in der nächsten Woche aufgestellt werde.

Ein weiterer Bürger regt an, die Gestaltung der Straßenoberflächen von Neumarkt und Johannisstraße im Abschnitt bis zur Johanniskirche aufeinander abzustimmen und den Vorplatz der Johanniskirche mit einzubeziehen. Damit könne die Verbindung zwischen Neustadt und Altstadt sichtbar dargestellt werden.

#### **4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)**

##### **4 a) Struktur der Sitzungen der Bürgerforen**

Ein Bürger fragt, ob die Bürgerforen demnächst in einem neuen Format angeboten werden sollen und verweist auf die niedrige Teilnehmerzahl des Bürgerforums Innenstadt.

Herr Dr. E. h. Brickwedde führt aus, dass Änderungen bei der Struktur nicht geplant seien. Die Besucherzahlen seien grundsätzlich höher in den eingemeindeten Stadtteilen, die bis zum Jahr 2006 über Ortsräte verfügten. Weiterhin schwanke die Besucherzahl in den verschiedenen Bürgerforen themen- und anlassbezogen.

##### **4 b) Zugang zum Theater während Großveranstaltungen (z. B. Maiwoche)**

Ein Bürger berichtet, dass während der Maiwoche der Eingang zum Theater nur schwer erreichbar war. Er regt an, den Standplatz vor dem Eingangsbereich zukünftig freizulassen.

##### **4 c) Maiwoche 2018 auf dem Marktplatz**

Eine Bürgerin spricht auch im Namen ihrer Nachbarn der diesjährigen Durchführung auf dem Marktplatz ihr Lob aus. Man sei positiv überrascht gewesen, dass die Veranstaltungen um 22 Uhr endeten und nicht wie in früheren Jahren bis in die Nacht hinein dauerten. Man habe weniger betrunkene Personen gesehen, dafür mehr Familien. Auch habe es weniger Verschmutzungen und Glasscherben gegeben. Insgesamt sei durch die veränderte Struktur die Situation wesentlich entspannter gewesen als in früheren Jahren.

Herr Dr. E. h. Brickwedde dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Innenstadt für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

Die nächste Sitzung dieses Bürgerforums findet statt am Dienstag, 27. November 2018, 19.30 Uhr, Rathaus, Ratssitzungssaal.

gez. Hoffmann  
Protokollführerin

Anlage: Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

<b>Bericht aus der letzten Sitzung</b>		<b>TOP 1</b>
Bürgerforum	Sitzungstermin	
Innenstadt	Donnerstag, 24.05.2018	

Die letzte Sitzung des Bürgerforums Innenstadt fand statt am 29. November 2017. Die Verwaltung teilt zu den Anfragen, Anregungen und Wünschen Folgendes mit:

**a) Wall/Bundesstraße 68** (TOP 2c aus der letzten Sitzung)

Die Verwaltung teilt folgende Zwischenstände mit:

1. Die Stadt Osnabrück hat sich für den Modellversuch Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen des Landes Niedersachsen zur Reduzierung der Lärm- und Luftschadstoffbelastungen beworben. Eine Entscheidung dazu steht noch aus.
2. Die Lärmkarten für die Stadt Osnabrück werden zurzeit fortgeschrieben und dann der Öffentlichkeit im Internet zur Verfügung gestellt. Im Anschluss daran werden diese ausgewertet und Maßnahmenvorschläge für die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes entwickelt. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung werden die Bürger darüber informiert.

**b) Emissionsbelastungen in der Innenstadt** (TOP 2f aus der letzten Sitzung)

Unter der Frage Nr. 2 „Laufenlassen von Motoren im Stand“ dieses Tagesordnungspunktes wurde in der Sitzung zugesagt, die Taxi-Unternehmen schriftlich auf die Regelungen der Straßenverkehrsordnung hinzuweisen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Taxigewerbe in Osnabrück wurde über den Gesamtverband Verkehrsgewerbe schriftlich informiert und auf § 30 der Straßenverkehrsordnung verwiesen:

Dort heißt es:

„Bei der Benutzung von Fahrzeugen sind unnötiger Lärm und vermeidbare Abgasbelastungen verboten. Es ist insbesondere verboten, Fahrzeugmotoren unnötig laufen zu lassen und Fahrzeugtüren übermäßig laut zu schließen...“.

**c) Kommenderiestraße: Missachtung Einbahnstraßenregelung** (TOP 2n aus der letzten Sitzung)

In der Sitzung wurde angeregt, die Beschilderung zu verbessern bzw. zu ergänzen, da es zu gefährlichen Situationen kommt.

Die Verwaltung hat den Hinweis aus dem Bürgerforum Innenstadt vom 29.11.2017 aufgenommen und die Situation im Rahmen einer Verkehrsschau am 06.02.2018 überprüft. Vertreten waren dabei neben der Fachmitarbeiterinnen und -mitarbeitern der Verwaltung, die Polizei und der Verkehrsbetrieb.

Die Sperrung der Kommenderiestraße aus Richtung Süsterstraße/Wiesenstraße in einem Abschnitt kurz vor der Kreuzung mit dem Wallring war erforderlich geworden, weil diese Verkehrsrichtung für Kraftfahrzeuge nicht mehr verträglich mit in die Signalsteuerung der Kreuzung Johannistorwall/ Kommenderiestraße einzubinden war. Der Verkehr ist als Einbahnstraße in Richtung Norden zugelassen und in Richtung Süden mit Verkehrszeichen „Verbot der Einfahrt“ gesperrt. Zugelassen wird lediglich der Fußgänger- und Radfahrverkehr. Die Schilder sind beidseits der Fahrbahn aufgestellt worden.

Nach der Einmündung Wiesenstraße ist beidseits mit Verkehrszeichen 357-50 „durchlässige Sackgasse“ auf die kommende Sperrung für Kraftfahrzeuge hingewiesen worden. Lediglich Fahrradfahrer und Fußgänger können passieren.

Die Beschilderung ist eindeutig angebracht worden und kann auch von aufmerksamen Verkehrsteilnehmern ohne besondere Aufmerksamkeit erkannt werden. Dennoch wird die Verwaltung zur Verbesserung der Wahrnehmbarkeit größere Sackgassenschilder anbringen lassen und auch eine Werbeanlage, die die Sicht auf ein Verkehrsschild beeinträchtigt, versetzen lassen.

**d) Umsetzung der Satzung über die Gestaltung von Werbeanlagen** (TOP 2r aus der letzten Sitzung)

In der Sitzung des Bürgerforums Innenstadt am 29.11.2017 hat die Verwaltung zugesagt, die Situation vor Ort im Hinblick auf bestehende Gefährdungen durch die Werbeanlage erneut zu prüfen.

Nach nochmaliger Überprüfung der Angelegenheit teilt die Verwaltung mit, dass von der errichteten Werbeanlage keine Gefährdung ausgeht. Insbesondere bestehen keine verkehrlichen Bedenken gegen die Werbeanlage. Diese befindet sich in einer Fußgängerzone. Für den Bereich ist in der Zeit von 06:00 Uhr – 10:30 Uhr Liefer- und Ladeverkehr zugelassen, zudem Bus- und Radverkehr. Innerhalb der Fußgängerzone ist nach der Straßenverkehrsordnung durch die zusätzlichen Verkehrsarten Rücksicht auf den Fußgängerverkehr zu nehmen. Dieser darf weder gefährdet noch behindert werden. Der Fahrverkehr muss Schrittgeschwindigkeit fahren und - wenn nötig - warten.

**e) Städtebaulicher Masterplan Innenstadt** (TOP 2h aus der letzten Sitzung)

Mitte April 2018 fand die 2. Bürgerwerkstatt zum städtebaulichen Masterplan Innenstadt statt.

- ➔ Das Thema wurde erneut angemeldet. Daher wird in der heutigen Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt 2g informiert.